



Wichtigste Ergebnisse der UN-Klimakonferenz COP 23 in Bonn

Welche Verhandlungsfortschritte hat die Weltklimakonferenz in Bonn gebracht? Wie soll das Klimaschutzabkommen von Paris konkret umgesetzt werden? Über zentrale Ergebnisse und wichtige Erfolge der COP 23:

Als Arbeitskonferenz auf dem Weg ins entscheidende Jahr 2018 erfüllte die COP 23 die in sie gesetzten Erwartungen. Zu allen Verhandlungsthemen wurden Vorschläge der Länder festgehalten und es liegen nun [Textelemente](#) in strukturierter Form vor, aus denen im kommenden Jahr die Richtlinien zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris entstehen sollen. Die Entwürfe zeigen den Bereich auf, z.B. zu den [Anrechnungsregeln](#) der nationalen Beiträge im Bereich Minderung der Treibhausgase, in denen die Lösungen bei COP 24 im Jahr 2018 in Katowice zu finden sein werden.

Verpflichtungen bis 2020

Durch das Übereinkommen von Paris sind Industrieländer bis 2020 bereits zu frühzeitigen Klimaschutzanstrengungen verpflichtet. Um den Ehrgeiz zu erhöhen, wurde in Bonn vereinbart, in 2018 und 2019 jeweils zu bilanzieren, wie weit die Staaten in ihrer Anstrengung Treibhausgase zu mindern und in der Erfüllung ihrer Finanzzusagen gekommen sind ([Entscheidung 1/CP23, Abschnitt III](#)). Dazu gehört einerseits die Zusage, bis 2020 Klimafinanzierung in Höhe von jährlich 100 Milliarden Dollar (rund 85 Mrd. Euro) zu mobilisieren. Andererseits haben die Verhandlungen bewirkt, dass die EU ankündigte, das Doha-Amendment des Kyoto Protokolls noch dieses Jahr zu ratifizieren. Deutschland hat während der COP23 seine [Ratifikationsurkunde](#) in New York hinterlegt und so zu der positiven Dynamik beigetragen.

Talanoa-Dialog

Mit dem sogenannten „[Talanoa-Dialog](#)“ (auch Facilitative Dialogue) wurde in Bonn ein neues Format geschaffen. Talanoa ist ein fidschianisches Konzept der partizipativen Entscheidungsfindung, bei der jede Partei respektiert und gehört wird. Der Talanoa-Dialog startet in 2018 und zielt auf die Vorbereitung von mehr Minderungsambition aller Staaten, d.h. es soll festgestellt werden, wie weit die Staatengemeinschaft auf globaler Ebene mit ihren Emissionsminderungen gekommen ist, wie groß die Ambitionsücke ist und was zu ihrer Schließung getan werden kann. Neben den Vertragsstaaten werden auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu dem Prozess beitragen. Der Dialog ist damit ein erster Test der sehr viel breiteren globalen Bestandsaufnahme, die ab 2023 alle fünf Jahre stattfinden soll.

Klimafinanzierung

Um ein Zeichen des Vertrauens zu setzen, hat Deutschland zu Beginn der Konferenz seine Mittel für den [Anpassungsfonds](#) (ein Fonds für Länder die besonders vom Klimawandel betroffen sind) um 50 Millionen Euro auf jetzt 240 Millionen Euro aufgestockt und ist damit größter Geldgeber. Bislang war der Fonds ein Bestandteil des Kyoto-Abkommens. In Bonn wurde ein Kompromiss gefunden, damit die Klimakonferenz 2018 in Polen beschließen kann, den Anpassungsfonds zu einem Bestandteil des Pariser Abkommens zu machen.

Verluste und Schäden

Mit der ersten COP-Präsidentschaft eines vom Anstieg des Meeresspiegels bedrohten kleinen Inselstaates, stand der Warschau-Mechanismus zum Umgang mit Verlusten und Schäden durch den Klimawandel besonders im Fokus. Das war ein Wunsch vieler Entwicklungsländer und der Zivilgesellschaft. In Bonn wurde ein weiterer Arbeitsplan für diesen Mechanismus auf den Weg gebracht. Ein Expertendialog während der Nebenorgansitzungen im Frühjahr 2018 soll Erkenntnisse bei der Identifizierung von Finanzquellen für Schäden und Verluste unterstützen.

Gender Aktionsplan und Indigene Völker

Diese Themen wurden von der Fidschi-Präsidentschaft ebenfalls als Prioritäten gesetzt: Der erste [Gender-Aktionsplan](#) in der Geschichte des Klimasekretariats soll die Gleichstellung von Männern und Frauen in den Klimaverhandlungen aktiv unterstützen. Angestrebt werden die paritätische Besetzung von Gremien der Vereinten Nationen, die Berücksichtigung von Gender Aspekten bei der Umsetzung von Klimaschutz auf nationaler Ebene und die direkte Förderung von Frauen in den Klimaverhandlungen durch Trainings.

Darüber hinaus wurde eine [Plattform](#) geschaffen, um die Interessen von Kommunen und Indigenen Bevölkerungen stärker in die Verhandlungen einzubeziehen. In den Verhandlungen konnte eine für alle Parteien zufriedenstellende Art der Plattform gefunden werden, so dass einerseits die Einbindung wirksam funktioniert, andererseits der Status der Vertragsparteien nicht beschränkt wird.

Weitere Ergebnisse außerhalb der Verhandlungen zur Umsetzung des Pariser Abkommens:

NDC-Partnerschaft (NDCP)

In Bonn feierte [die NDC-Partnerschaft](#), die unter der Führung von Marokko und Deutschland ins Leben gerufen wurde, ihren ersten Geburtstag: Die Partnerschaft stärkt die bilaterale Zusammenarbeit zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzbeiträge (National Determined Contributions – NDC, Abkürzungserläuterung schon ganz oben hin bei der ersten Nennung) und damit einer Kernverpflichtung des Pariser Abkommens. Die Partnerschaft hat die Anzahl ihrer Mitglieder im vergangenen Jahr verdoppeln können – auf mittlerweile 77 Mitglieder,

darunter 48 Entwicklungsländer, 16 Industrieländer und 13 internationale Organisationen sowie mit [ICLEI](#) ein erstes assoziiertes Mitglied aus der Gruppe der nicht-staatlichen Organisationen. Ein wichtiges Tool der Partnerschaft ist das NDC-Supportprogramm, das durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gefördert wird. Es unterstützt die Entwicklung von Programmen für eine emissionsarme Entwicklung in mehr als 25 Ländern. Dieses Programm wurde auf der COP 23 signifikant erweitert. Für Deutschland wird sich das BMUB in Zukunft mit zusätzlichen 22,5 Millionen Euro beteiligen, das BMZ wird 10 Millionen Euro beisteuern.

Globale Plattform der New York Deklaration zu Wäldern

Während der COP23 wurde die neue globale Plattform „[New York Deklaration zu Wäldern](#)“ ins Leben gerufen, die das BMUB mit 5,18 Millionen Euro für die nächsten Jahre unterstützen wird. In der New York Deklaration haben sich inzwischen ungefähr 190 Akteure (Staaten, multinationale Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, indigene Gemeinschaften, u.a.) dazu bekannt, die weltweite Entwaldung bis 2020 zu halbieren und bis 2030 völlig zu stoppen. Die Plattform soll Umsetzungsmaßnahmen der Akteure vorantreiben und koordinieren, das Thema in der internationalen politischen Debatte halten und regelmäßig über die erreichten Ergebnisse berichten.

NAMA-Facility

Die [NAMA-Facility](#) unterstützt Entwicklungs- und Schwellenländer bei Projekten zur Minderung von Treibhausgasen (NAMA = nationally appropriate mitigation action). NAMAs haben sich als „kleiner Bruder“ der nationalen Klimabeiträge etabliert und demonstrieren auf Sektorebene (z.B. Gebäudeeffizienz, städtischer Verkehr, Kaffeeanbau, erneuerbare Energien), wie Minderungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern konkret umgesetzt werden können. Deutschland, Großbritannien und die EU-Kommission kündigten insgesamt 85 Millionen Euro neue Mittel für die nächste Ausschreibungsrunde an, wovon 30 Millionen Euro das BMUB übernimmt.

Klimarisikoversicherung

Um ärmeren Menschen bei Klima-Katastrophen unmittelbar zu helfen, hat sich auf der COP 23 ein breites Bündnis von Akteuren für eine [Versicherung gegen Klimaschäden](#) gegründet. Die globale Partnerschaft unter anderem aus Deutschland, der Weltbank und besonders betroffenen Staaten, will bis 2020 zusätzlich 400 Millionen Menschen gegen Klimarisiken versichern. Das Vorhaben baut auf der 2015, beim G7-Gipfel gegründeten „InsuResilience Initiative“ auf. Es handelt sich im Wesentlichen um eine staatliche Versicherung, in die ärmere Länder selbst einzahlen, die aber von reichen Ländern ebenfalls unterstützt wird. Deutschland sagte für die Klimarisikoversicherung rund 110 Millionen Euro zu.

Allianz zum Kohleausstieg

Auf der COP 23 wurde auch ein starkes Signal in Richtung weltweiten Kohleausstiegs gesetzt. 23 Länder und Provinzen schlossen sich zu einer [internationalen Allianz für den Kohleausstieg](#) zusammen. In ihrer Erklärung legten sich die Mitglieder, unter anderem Großbritannien, Kanada, Frankreich, Finnland und Mexico, auf eine Abkehr von der traditionellen Kohle-Energie fest. Die britische Regierung erklärte etwa, bis 2025 alle Kohlekraftwerke abschalten zu wollen.

Kommunale Regierungen für Nachhaltigkeit

Eine internationale Initiative aus Städten und Regionen veranstaltete in Bonn ein [großes Auftakttreffen](#) zu Klimamaßnahmen. Die Lokalregierungen der Initiative demonstrierten Geschlossenheit und gegenseitige Unterstützung bei der Erreichung der Klimaziele aus dem Übereinkommen von Paris. Insbesondere den Stadtverwaltungen kommt beim Klimaschutz eine immer wichtigere Rolle zu, denn schon heute lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Gebieten.